



Sozialdemokratische
GewerkschafterInnen
in der AK Wien

Antrag Nr. 19

der Fraktion sozialdemokratischer GewerkschafterInnen
an die 168. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
am 3. Mai 2017

INDUSTRIE 4.0 KANN NUR MIT MITBESTIMMUNG 4.0 FUNKTIONIEREN!

Aus technologischer Sicht stehen im Zentrum von Industrie 4.0 Daten. In Rohstoffe, Fertigungsobjekte und Maschinen eingebettete Microcomputer und Sensoren berichten über den physikalischen Zustand (Temperatur, Druck) der Objekte und lösen entsprechende physische Aktionen aus. Rohstoffe, Maschinen, Menschen und IT-Systeme sollen über die gesamte Wertschöpfungskette vernetzt werden, um relevante Daten zu generieren und weiterzugeben. Ziel ist es, mittels Daten reale Produktionsprozesse virtuell abzubilden, wodurch die Produktion in Echtzeit dezentral organisiert werden kann. Für die Umsetzung dieser Vision sind fundamentale Innovationen erforderlich. Damit im Zentrum technischer Innovationen nicht allein der Rationalisierungsgedanke steht, sondern auch sozial- und ökologisch nachhaltige Antworten auf vielfältige Bedürfnisse gefunden werden, muss der Mensch im Mittelpunkt der Mensch-Maschine Beziehung stehen. Insgesamt ergeben sich, neben den Herausforderungen, auch zahlreiche Chancen für die Qualität der Arbeit und innovative Produktion. Voraussetzung dafür ist die gemeinsame Umsetzung der Vision und die Ergänzung der technischen um sozialen Innovationen. Zu den Herausforderungen zählen:

- starke Veränderung der Tätigkeitsstrukturen in vielen Berufen
- zu geringe Investitionsbereitschaft der Industrieunternehmen in Digitalisierung
- Nachholbedarf bei den Investitionen in Hochgeschwindigkeitsnetze
- Industrie 4.0 als effizienzorientiertes Rationalisierungsprogramm
- Negative Beschäftigungseffekte für bestimmte Bevölkerungsgruppen (zB: Niedrigqualifizierte)
- Veränderung der Qualifikationsanforderungen
- Verdrängung von Regelbeschäftigten zugunsten zeitlich befristeter SpezialistInnen und Hilfskräfte
- Vermischung von Branchengrenzen und -strukturen
- Unfaire Verteilung der Produktivitätszuwächse zugunsten der Kapitaleigner
- Betriebliche Mitbestimmung für einen immer geringeren Anteil der abhängig Beschäftigten, durch Veränderung der betrieblichen Strukturen und der Arbeitsorganisation in der Wertschöpfungskette
- Erosion der Mitbestimmung durch zunehmende Dynamik der globalen Entgrenzung von Arbeit
- Szenarien zu betrieblichen Realitäten und Arbeitsorganisation reichen von der Technik untergeordneten, polarisierten bis hin zu inklusiven, menschenzentrierten Formen der Arbeitsgestaltung. Es gilt, Überlegungen zur Steigerung der Qualität der Arbeitsplätze zu unterstützen und die Debatte diesbezüglich zu beeinflussen



Sozialdemokratische
GewerkschafterInnen
in der AK Wien

Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien bekennt sich zu folgenden Grundsatzpositionen zur Digitalisierung der Industrie:

- Um das Potenzial von Industrie 4.0 zu heben und die Vision der Technologieführerschaft verwirklichen zu können, bedarf es zu aller erst einer **deutlichen Ausweitung privater wie staatlicher Investitionen**.
- Diese **Investitionen** braucht es nicht nur um die technische Grundlage zu schaffen, sondern diese Investitionen **müssen sich vor allem auf Bildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen erstrecken**.
- Wenn es gelingen soll, menschliche Tätigkeiten in der Produktion aufzuwerten, dann müssen wir auch **Investitionen in die Kompetenzentwicklung auf betrieblicher Ebene einfordern**.
- Neben den technologiebezogenen Förderungen für Unternehmen müssen öffentliche Mittel auch für arbeitswissenschaftliche Forschung (im weiteren Sinne) bereitgestellt werden.
- Um auch ArbeitnehmerInnen und ihre Bedürfnisse in diesen Prozess einzubinden und nachhaltige Akzeptanz zu erzielen, braucht es **von Beginn an die Einbindung der ArbeitnehmervertreterInnen auf betrieblicher Ebene**. Dies ist entscheidend, weil es sich bei der Digitalisierung häufig um langfristige und mitunter sehr tiefgreifende Veränderungen handelt. Es sind nicht zuletzt die BeschäftigtenvertreterInnen in den Betrieben, die – aufgrund der Transformation und Vernetzung der Produktion – vor umfangreichen Herausforderungen stehen und deshalb eingebunden und mit entsprechenden Ressourcen ausgestattet werden müssen.
- Darüber hinaus gilt es auch **den Dialog auf sozialpartnerschaftlicher Ebene zu forcieren**, da die Entwicklungen in den Betrieben der Industrie zunehmend auch eine gesellschaftliche Tragweite entfalten. Denn durch die immer indirekter bzw. umwegiger werdende Produktion, in welcher immer häufiger Dienstleistungen von formell selbständig Agierenden zugekauft werden, gilt es auch auf Branchenebene Entwicklungen aktiv mitzugestalten.
- **Wer von Industrie 4.0 spricht, muss also auch von Mitbestimmung 4.0 sprechen.**

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig